

Kriterienkatalog für öffentliche Bürgerdialoge

Beschlossen vom Vorstand – Erstunterstützer:
(Stand 6. Mai 2018)



Der Vorstand der Europäischen Bewegung Deutschland e.V. begrüßt die intensivierte Kommunikation mit Bürgerinnen und Bürgern über die Zukunft der EU. Um Qualität und Nachhaltigkeit dieser Dialogformate zu sichern, hat der Vorstand folgende Kriterien beschlossen:

Kriterien

- **Bevölkerung repräsentativ befragen und in die europäische Zukunftsdebatte einbinden!**
Bürgerinnen und Bürger (auch ohne Wahlrecht im jeweiligen Mitgliedstaat) sollten repräsentativ bei den von der Bundesregierung geplanten „Öffentlichen Dialogen“ zu Wort kommen. Die Bundesregierung hat eine große Verantwortung, öffentliche Räume zu schaffen, in denen die Bevölkerung ihre Stimme einbringen kann. Es schadet der Glaubwürdigkeit und dem grundgesetzlichen Ziel des vereinten Europas, wenn nicht alle Stimmen Teil des Dialogs sind.

- **Keine Themensetzung von oben herab!** Die Auswahl der Themen bzw. Fragestellungen sollten entsprechend über einen vorgeschalteten Prozess, regional ausgewogen und ohne „Kanalisation von oben“ entwickelt werden.
- **Regionale Ausgewogenheit sicherstellen!** Die Veranstaltungen sollten „vor Ort“ und in der Fläche stattfinden und am Alltagsleben und an den Fragen und Interessen der Bürgerinnen und Bürger ausgerichtet werden. Deutschland hat viele Zentren, die sich für regionale Veranstaltungen mit lokalen Akteuren hervorragend anbieten. Besonders der ländliche Raum darf hier nicht vergessen werden.
- **Der Dialog muss im Mittelpunkt stehen!** Dialogformate, bei denen Einzelne offen ihre Meinungen und Ansichten äußern können und ernst genommen werden, müssen partizipativ angelegt sein, damit es allen Teilnehmenden ermöglicht wird, gehört zu werden (= möglichst wenig Reden/Grußworte, keine Podiumsdiskussionen, so viel Zeit wie möglich für den eigentlichen Dialog, geschützte Gesprächsatmosphäre, ggf. unterschiedliche methodische Angebote für vielfältige Zielgruppen). Besonderer Wert sollte auf die Auswahl dafür geeigneter Moderatoren gelegt werden.
- **Engagierte Vereine und Organisationen sowie Parteien gehören ebenso zur Demokratie wie einzelne Bürgerinnen und Bürger!** Die Menschen unmittelbar sprechen und gleichzeitig demokratische gesellschaftliche Kräfte zu Wort kommen zu lassen, ist für die europäische Zukunftsdebatte von großem Wert. Vielfalt drückt sich nicht nur individuell, sondern auch in demokratisch verfassten Vereinen, Verbänden und Organisationen aus. Diese wirken, wie Parteien, bei der politischen Willensbildung mit und sollten in den Dialog einbezogen werden.
- **Hohe Transparenz fördert Glaubwürdigkeit!** Ein für die Teilnehmenden und die Öffentlichkeit nachvollziehbarer Gesamtprozess ist unerlässlich und sollte über die Dokumentation der einzelnen Schritte und zentraler Inhalte/Ergebnisse der Dialoge gesichert werden.
- **Klare Zielsetzung und Rückkopplung der Ergebnisse des Dialogs!** Der Prozess sollte konkrete Adressaten und eine klare Zielsetzung haben, die die unterschiedlichen Dialogformate miteinander verbinden. Das Ergebnis sollte nicht nur in einer Publikation o.Ä. veröffentlicht und in einer Abschlussveranstaltung an die politisch Verantwortlichen überreicht werden. Vor allem sollten sich die politisch Verantwortlichen dazu verpflichten, sich mit den Inhalten/Ergebnissen der Dialogformate ernsthaft auseinanderzusetzen und den Beteiligten zu berichten, warum Impulse aufgenommen wurden oder auch nicht. Art und Weise der Rückkopplung sollte von Anfang an transparent gemacht werden.
- **Internationale Ausrichtung!** Die Bürgerdialoge sollten mit ähnlichen Prinzipien in ganz Europa stattfinden und entsprechend ausgewertet werden. Eine Bündelung der Ergebnisse aus den verschiedenen Ländern ist wichtig, um die europäische Dimension der Dialogformate vollständig auszuschöpfen.
- **Durchführung durch demokratieerfahrenere Organisationen!** Daher sollten bevorzugt Organisationen mit der Planung von Bürgerdialogen beauftragt werden, die selber demokratische Strukturen aufweisen und in deren Gremien sich die Positionen breiter gesellschaftlicher Gruppen widerspiegeln.

Hintergrund

Der französische Staatspräsident Emmanuel Macron hat 2017 „Bürgerkonvente“ zur Zukunft Europas vorgeschlagen. Auch Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker möchte den Dialog mit EU-Bürgern verstärken. Der [Koalitionsvertrag](#) der aktuellen Bundesregierung hat die Idee Frankreichs aufgenommen: *„Wir wollen, dass sich Deutschland aktiv in die Debatte über die Zukunft der EU und eine Stärkung der europäischen Integration einbringt und wollen die Bürgerinnen und Bürger in bundesweiten öffentlichen Dialogen an der Reformdebatte in Europa beteiligen. Wir wollen dadurch Europa bürgernäher und transparenter machen und neues Vertrauen gewinnen.“*